

# Laibacher Zeitung.



Nr. 24.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 30. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1871.

## Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. Februar bis Ende März 1871:

Im Comptoir offen . . . . .	1 fl. 84 fr.
Im Comptoir unter Couvert . . . . .	2 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . .	2 " — "
Mit Post unter Schleifen . . . . .	2 " 50 "

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Jänner d. J. den Professor der Theologie an der theologischen Diöcesan-Lehranstalt in Tarnow Joseph Martusiewicz zum Gremial-Domherrn am Tarnower Domcapitel allergnädigst zu ernennen geruht. **Stremayr m. p.**

Der Ackerbauminister hat den Christian Lippert, fürstl. hohenzollern'schen Forstverwalter zu Eisenstein in Böhmen, zum Forstinspector bei der k. k. Landesregierung in Salzburg ernannt.

## Erlaß des Finanzministeriums vom 27. Jänner 1871

in Betreff der Aufhebung des Verbotes der Ausfuhr von Pferden.

In Folge Ministerrathsbefchlusses und im Einvernehmen mit dem königl. ungarischen Ministerium wird das mit dem Erlasse des Finanzministeriums vom 19ten Juli 1870 (N. G. Bl. Nr. 90) erlassene Verbot der Ausfuhr von Pferden aufgehoben.

Diese Bestimmung hat mit dem Tage in Wirksamkeit zu treten, an welchem dieselbe den Zollämtern bekannt wird.

**Potocki m. p.**

**Holzgethan m. p.**

Am 28 Jänner 1871 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das III. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 7 den Erlaß des Finanzministeriums vom 27. Jänner 1871 in Betreff der Aufhebung des Verbotes der Ausfuhr von Pferden. (W. Ztg. Nr. 28 vom 28. Jänner.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Politische Uebersicht.

Laibach, 29. Jänner.

Graf Andrassy hat am 26. im Abgeordnetenhaus des ungarischen Reichstags die vom General Stratimirovics gestellte Interpellation über die Stellung der Pester Regierung zu der Politik, welche das Auswärtige Amt Deutschland gegenüber eingeschlagen, sehr eingehend beantwortet. Aus den Erklärungen des Minister-Präsidenten, die von dem Hause mit rückhaltlosem Beifall aufgenommen wurden, und welche wir an anderer Stelle wiedergeben, geht hervor, daß die Antwort des Grafen Beust auf die Versailler Depesche des Grafen Bismarck vom 14. December, und die durch diesen Schriftwechsel sich vollziehende Annäherung an das neugestaltete Deutschland unter rückhaltloser Zustimmung des ungarischen Ministeriums erfolgte.

Das Pester Amtsblatt veröffentlicht die Enthhebung des Baron Levin Rauch und die Ernennung des Ministers Bedelovitz zum Banus von Croatien.

Die „Spener'sche Zeitung“ spricht sich entschieden gegen jede Intervention der Mächte zu Gunsten Frankreichs aus. Sie sagt: Europa hat nicht das Mindeste gethan, Frankreichs letzten Angriff auf Deutschland, als er unternommen wurde, zu hindern oder auch nur in irgendeiner feierlichen Form zu verurtheilen. Wie soll es jetzt dazu kommen, einen Areopag aufzurichten, um den schuldigen Theil der gelinden Strafe zu entreißen? Denn das ist der Sinn aller Vermittlungs-Anregungen. Um den Schuldigen zu bestrafen, braucht der europäische Areopag nicht erst eingesetzt zu werden.“

Eine Verordnung des deutschen Kaisers ordnet die Reichstagswahlen für den 3. März an und setzt die Berufung des Reichstags auf den 9. März fest.

Aus Berlin wird unterm 24. d. geschrieben: „Es ist heute eine als Manuscript gedruckte Publication vom auswärtigen Amte an die Gesandtschaften im Auslande versendet worden, enthaltend: „Protokolle, Berichte u. über Verlegungen der Genfer Convention im Angriffe auf deutsche Parlamentäre u. s. w. von Seiten der Franzosen,“ 66 Seiten Groß-Quart stark. Es sind dies zum größten Theile eidliche Aussagen von Ärzten, Officieren und Militär-Beamten über den betreffenden Gegenstand.“

Die nahe bevorstehende Capitulation von Paris wird allem Anscheine nach zu Friedensverhandlungen mit den maßgebenden Personen in Bordeaux führen; wie ein Bordelaiser Correspondent unterm 21. schreibt, wird dort bereits vor dem verhängnißvollen für das Schicksal der Pariser entscheidenden letzten Ausfalle ernste Waffenstillstands-Verhandlungen statt. Auch die Partei der Vertheidigung bis zum Neckerstein, die bisher von keiner Verständigung wissen wollte, gab die Partie verloren und machte kein Hehl aus dieser Ansicht.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Versailles vom 27. Jänner waren die Unterhandlungen bezüglich der Capitulation von Paris so weit gediehen, daß am selben Tage noch der Abschluß erwartet wurde. „Reuters Bureau“ meldet aus London, 28. Jänner, „aus sicherer Quelle“: Bismarck wolle über den Frieden auf Grundlage der Abtretung von Elsaß und eines Theiles von Lothringen unterhandeln. Nach Annahme dieses Vorschlages würde Deutschland die französische Republik anerkennen.

In einem ausführlichen Rundschreiben an die französischen Vertreter des Auslandes, datirt von Bordeaux, 25. Jänner, widerlegt Chaudordy in Beantwortung des Bismarck'schen Circulars vom 9. Jänner punktweise alle in diesem Circular wider die Regierung der nationalen Vertheidigung und gegen die französische Armee erhobenen Anschuldigungen und Vorwürfe.

Der italienische Senat hat den Gesetzentwurf wegen Verlegung der Hauptstadt von Florenz nach Rom mit 94 gegen 39 Stimmen angenommen.

## Rußland und Oesterreich im Krim-Kriege.

Wien, 26. Jänner. Seitdem die Pontusfrage von Rußland in die lange Liste der europäischen Differenzen eingetragen wurde, hat unsere Regierung keine Mühe gescheut, um in allen Richtungen ihre lauterer, auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Absichten zu betheiligen. Leider scheint das russische Cabinet diese veröhnliche Tendenz noch immer nicht anzuerkennen, wenn es gestattet ist, von dem Artikel des „Journal de St. Petersbourg,“ welcher die Depesche des Grafen Beust vom 2. Jänner bespricht, auf die herrschende Stimmung in den russischen Regierungskreisen zu schließen. In dieser Depesche wird bekanntlich der Gedanke ausgeführt, daß Oesterreich im Krim-Kriege aus Scheu vor Undank so wenig als möglich activ hervorgetreten, und daß ihm daher Rußland dafür Erkenntlichkeit schuldig sei. Dagegen trat nun das „Journal de St. Petersbourg“ in die Schranken, und zwar mit Behauptungen, deren Unstichhaltigkeit an der Hand einer retrospectiven Betrachtung auf die Ereignisse des Jahres 1855 in der „Grazer Zeitung,“ wie folgt, nachgewiesen wird:

„In Folge des Thronwechsels in Rußland und des Umstandes, daß Kaiser Alexander zum Frieden geneigt schien, trat in Wien eine Friedensconferenz zusammen, deren Verhandlungen anfangs guten Fortgang nahmen. Allein gerade bezüglich der Frage, wie viel Kriegsschiffe Rußland und die Pforte im Schwarzen Meere halten dürften, kam eine Einigung nicht zu Stande, und wurde die Conferenz auf unbestimmte Zeit abgebrochen. Damals nun wurde Oesterreich von den Westmächten gedrängt, gemeinsam mit ihnen gegen Rußland in die kriegerische Action zu treten, und das Organ der russischen Regierung dürfte wohl nicht verkennen, daß, wenn Oesterreich sich diesem Ansinnen gefügt hätte, eine sehr gefährdrohende Conjunction für Rußland entstanden wäre.“

Am 4. Juni 1855 fand nochmals eine Conferenz statt, in welcher Oesterreich die Erklärung abgab, die Westmächte möchten wegen des relativ unerheblichen Punktes in Betreff der Zahl der Kriegsschiffe auf dem

Schwarzen Meere dem Friedensabschlusse keine weiteren Schwierigkeiten in den Weg legen; man solle diesen Punkt einer Uebereinkunft zwischen Rußland und der Pforte überlassen. Da die Westmächte und die Türkei darauf bestanden, daß auch dieser Punkt von der Conferenz erledigt werden müsse, so zog sich Oesterreich von der Combination zurück und löste die in Galizien aufgestellte Beobachtungarmee auf. — Es kann wohl nicht geleugnet werden, daß dies ein eminent friedliches, in Anbetracht Rußlands sehr freundnachbarliches Vorgehen war.

„Oesterreich hatte nur darauf gesehen, daß die Donaufürstenthümer nicht von Rußland definitiv besetzt bleiben und daß die Armee des Czars nicht über den Balkan bis Constantinopel vordringe. Später verhielt es sich entschieden vermittelnd, seine Beziehungen zu Rußland waren frei von jedem Geiste systematischer Feindseligkeit, und wenn es im Jahre 1856 mit den bekannten Friedensbedingungen hervortrat, welche von Rußland angenommen wurden, so geschah dies nur im Interesse der Wiederherstellung des allgemeinen Friedens, und weil das k. k. Cabinet die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß jene Bedingungen nichts enthielten, was mit der Würde Rußlands unverträglich wäre. Ja es ist eine der Geschichte angehörende Thatsache, daß Oesterreich vor der Stellung seiner Anträge auf die größtmögliche Milderung der von den Kriegführenden in Aussicht genommenen drückenden Bedingungen hinwirkte.“

„Wenn das „Journal de St. Petersbourg“ diese Thatsachen in Erwägung ziehen will, so dürfte es sich wohl zu einer freundlicheren Anschauung bequemen und der Meinung definitiv entsagen, daß Oesterreich während des Krim-Krieges Rußland beschädigen oder auch nur empfindlich wehthun wollte.“

## Ungarisches Unterhaus.

Pest, 26. Jänner. In der heutigen Sitzung wurde das Budget des Ministerpräsidenten, des croatischen Ministeriums, des Ministeriums um die Person Sr. Majestät und drei Titel des Ministeriums des Innern ohne Abstrich votirt.

Der Ministerpräsident Graf Julius Andrassy beantwortet die Interpellation des Abgeordneten Stratimirovics: Geehrtes Haus: Der Herr Abgeordnete Georg Stratimirovics hat mit Bezug auf den Depeschenwechsel, welcher in Angelegenheit der Neugestaltung des deutschen Bundes zwischen Preußen und dem gemeinsamen Ministerium des Außern jüngst statt hatte, drei Fragen an mich gerichtet. Mit Erlaubniß des geehrten Hauses werde ich alle drei Fragen der Reihe nach beantworten. (Hört! hört!)

Die erste Frage, welche der geehrte Herr Abgeordnete an mich gerichtet, ist die, ob die Antwort auf die Depesche, welche die Neugestaltung Deutschlands notificirt, mit Zustimmung der ungarischen Regierung abgesandt wurde und was deren thatsächliche Tragweite ist?

Darauf habe ich die Ehre zu antworten, daß diese Note allerdings mit vollständiger Zustimmung und Betheiligung der ungarischen Regierung zu Stande gekommen ist. Was die Tragweite dieser Note, oder wenn Sie wollen, dieses politischen Schrittes betrifft, so kann dieselbe meiner Ansicht nach aus der Note selbst vollständig beurtheilt werden; wenn indeß der Herr Abgeordnete sie von mir dargestellt hören will, so werde ich die Tragweite der Note in einigen Worten zusammenziehen. — Diese Note enthält die vollständige rückhaltlose Anerkennung des neugebildeten deutschen Bundes, wie uns derselbe notificirt wurde, und die Wiederherstellung des freundnachbarlichen Verhältnisses mit diesem in solcher Weise neugebildeten deutschen Bunde; weder mehr noch weniger. (Allgemeiner Beifall.)

Nachdem die Abfassung der zweiten Frage ein wenig verworren ist, so will ich dieselbe dem Wortlaute nach verlesen. Sie lautet: „Beabsichtigt die ungarische Regierung rechtzeitig den Gefahren, welche ein solches die natürliche Kräftigung des Germanismus in sich birgt, Bündniß für Ungarn und seine Völker in sich birgt, durch Vereitlung des Bündnisses zu begegnen?“ Auf diese Frage ist meine Antwort folgende: Ich kann weder in der uns notificirten Neugestaltung Deutschlands, noch in dem Umstande, daß dieses so hergestellte verbündete Deutschland mit uns ein gutnachbarliches Verhältniß aufrechterhalten will; noch auch darin, daß Oesterreich und Ungarn auch ihrerseits auf die Erhaltung dieses gutnachbarlichen Verhältnisses ein natürliches Gewicht legen, eine Germanisationsgefahr sehen, die, sei es Un-

garn, sei es die Nachbarvölker, bedrohen würde. (Allgemeiner Beifall.)

Ja ich sehe vielmehr darin ein naturgemäßes Bestreben, von dem man nur dann abweichen kann und darf, wenn die Befolgung dieses Weges sich als unmöglich erweisen sollte. (Beifall.) Dieses aber wird meiner Ansicht nach mindestens aus der fraglichen Note niemand folgern. Demzufolge muß ich auf die zweite Frage des Herrn Abgeordneten antworten, daß die ungarische Regierung durchaus nicht den Verus in sich fühlen kann, in Befolgung des vom geehrten Herrn Abgeordneten erteilten Rathes die Consolidation der inneren Verhältnisse des deutschen Bundes, oder die Erhaltung der freundnachbarlichen Beziehungen in irgend einer Weise zu verhindern. (Allgemeiner Beifall.)

Die dritte Frage des Herrn Abgeordneten lautet: Beabsichtigt schließlich die ungarische Regierung in dem Falle, als das fragliche Bündniß unvermeidlich wäre, dahin zu wirken, daß hieraus für den Freiheitskampf des französischen Volkes keinerlei Nachtheil erwachse und unsererseits auf den Ausgang des Kampfes zum Vortheile Preußens keinerlei illoyale Pression geführt werde? Darauf bin ich so frei zu erwidern, daß Ungarn und Oesterreich mit Bedauern den Ausbruch des Krieges zwischen den beiden großen Nationen gesehen hat, welche berufen sind, die Hauptfactoren des friedlichen Fortschrittes Europa's zu sein. Die Regierung hat Alles gethan, was sie zur Verhinderung dieses Krieges thun konnte, und als sich ihre Bestrebungen erfolglos erwiesen, so nahm sie sofort den Standpunkt entschiedener Neutralität ein. Ich gebe zu, daß hiedurch der Kreis ihrer Thätigkeit hinsichtlich der fraglichen Ereignisse einigermaßen beschränkt wurde, insofern sie sich der Möglichkeit dessen beraubte, was die Befolgung der sogenannten „Politik der freien Hand“ allerdings gestattet hätte, die Neutralität aber nicht erlaubt, nämlich auf den einen oder anderen kriegführenden Theil eine Pression zu üben und dadurch das Ende des langen und blutigen Krieges zu beschleunigen. Allein eben diese Politik der Neutralität, welche von beiden Kriegführenden in gleichem Maße anerkannt wurde und welche den Interessen der Monarchie am besten entspricht und entsprach, bewahrt das Reich davor, daß irgend eine kriegführende Partei mit der Forderung gegen uns aufträte, daß wir irgend eine, am wenigsten aber, daß wir eine illoyale Pression auf den anderen Theil üben. Die Neutralität selbst also bietet die vollständige Garantie dafür, daß eine solche Forderung von Seite des deutschen Bundes uns gegenüber nicht wird erhoben werden, wie sie denn auch nicht erhoben wurde. Dies ist es, was ich auf die Interpellation des geehrten Herrn Abgeordneten antworten wollte. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

### Kriegschronik.

Die wichtigste Nachricht ist die Anknüpfung von Capitulationsverhandlungen zwischen Graf Bismarck und Jules Favre. Wir haben die Capitulationsbedingungen, welche Graf Bismarck aufstellte und welche die Franzosen „allzu hart“ fanden, gestern mitgeteilt. Allerdings sind die Verhandlungen augenblicklich gescheitert, allein die Neigung zur Capitulation ist constatirt und Jules Favre hat sich im deutschen Hauptquartier die Erlaubniß erbitten, seine Collegen Picard und Dorian mitzubringen, um sich in dringenden Fällen mit ihnen beraten zu können. Die Regierung scheint also zur Einsicht von der Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes gelangt zu sein, allein sie hat nicht die Macht, dieser Einsicht, gegenüber der extremen Partei, welche durch Rochefort auch in der Regierung repräsentirt ist, Geltung zu verschaffen.

Alle Anzeichen stimmen darin überein, daß man nicht nur den baldigen Fall von Paris, sondern den damit eingeleiteten endlichen Abschluß des Krieges überhaupt erwartet. Auch darf die Aussicht hierauf gegenwärtig als begründet angesehen werden. Für Paris erscheint mit der Zurückweisung des letzten großen Ausfalls und der durch die diesseitigen Batterien bewirkten Umfassung von St. Denis, der Hauptausfallsporte der französischen Hauptstadt, die Möglichkeit einer irgend wirklichen Offensive ausgeschlossen; die letzten großen Kämpfe bei Le Mans, Belfort und St. Quentin haben andererseits aber die Unfähigkeit der neuen französischen Massenaufgebote, sich im Felde zu behaupten, zu überzeugend nachgewiesen, als daß für Frankreich auch in den höchstgesteigerten Anstrengungen dieser Art noch ein Umschlag des bisherigen Kriegsverlaufs zu erwarten wäre. An Paris wird, wie verlautet, erst mit der Besitznahme eines oder einiger Forts eine directe Aufforderung zur Uebergabe gerichtet werden. Der theilweisen Ueberführung der bisher in den rheinischen Festungen internirten französischen Gefangenen nach den preussischen Ost- und Nordprovinzen wird neuerdings die Absicht unterbreitet, damit für die Unterbringung neuer großer Gefangenentransporte Raum zu schaffen. Es sollen dem Vernehmen nach in Deutschland noch die Unterkunftsräume für 100.000 Gefangene sichergestellt werden. Da in Paris jedoch nach der diesseitigen Schätzung mindestens 160.000 bis 180.000 Mann Linientruppen und Mobilgarden eingeschlossen sind, werden zur Unterbringung dieser Massen außer Metz und Chalons voraussichtlich auch noch die anderen hiezu geeigneten eroberten französischen Festungen mit herangezogen werden müssen.

In Chalons sollen die Vorbereitungen dazu seit lange in der Ausführung begriffen sein, während Metz bereits gegenwärtig als Internirungspunkt benutzt wird.

Ueber die Vorgänge bei Absetzung des Generals Trochu in Paris bringen Ballonbriefe vom 20. und 21. Jänner Details, welchen wir entnehmen, daß es zunächst der Mißerfolg des Ausfalls vom 19ten war, der die Sache zur Reise brachte. General Trochu scheint den Machthabern von Paris für die Offensive nicht talentirt genug. Man hält den Rückzug nach dem Kampf vom 19. d. nicht für gerechtfertigt und glaubt, daß der Kampf hätte fortgesetzt und gewonnen werden können. General Trochu gab gleich am Abend des 19. d. seine Entlassung. Der Ministerrath nahm sie am 21. d. Nachmittag an, insoweit sie sich auf seine Leitung der militärischen Operationen bezieht. Dagegen bleibt er Gouverneur von Paris. Als Nachfolger in ersterer Function nannte man die Admirale Saissat und La Roncière. Lesgerer machte sich anheischig, Paris mit 50.000 von ihm gewählten Männern zu deblokieren. Als Kriegsminister wird an Stelle des Generals Le Flö Herr Dorian genannt. Der bisherige Minister der öffentlichen Arbeiten hat nicht nur die ganze neue Artillerie organisiert, sondern er hat auch in den Erfolg Vertrauen. Man erzählt von ihm die Aeußerung, man brauche an dem Heile Frankreichs nicht zu verzweifeln, auch wenn die Preußen auf der Place de la Concorde ständen. Inzwischen herrscht in Paris die größte Ruhe und Zuversicht. Soweit die bezogenen Ballonbriefe.

Hinsichtlich der Ausrüstung der Distrikts von Paris, gibt der Correspondent der „Daily News“ im sächsischen Hauptquartier nach den Aufzeichnungen der mit den Observationen beauftragten Officiere folgende Mittheilungen: In Fort Rosny steht eine Batterie von 24-Pfündern und Fort Noissy ist in derselben Weise bewehrt. In der Redoute de la Boissière befindet sich eine Batterie von 48-Pfündern, die je 6 Schritte von einander stehen, daran schließt sich nach Norden eine Verlängerung, welche eine Batterie von neuen langen Siebenpfündern aufgezogen hat. Die Tragweite derselben beträgt 7000 Schritte. Das Fort La Briche hat im Ganzen 40 Geschütze, allein nur 12 davon sind von schwerem Kaliber und bedeutender Tragweite. Die Garnison schien in diesem letzteren Fort sich in den letzten Tagen vor dem 21. auf das Bombardement vorzubereiten, denn sie war eifrig beschäftigt, die Erdaufwürfe über den Casematten zu stärken und die Schießscharten zu verengen. Ueber die Wirkungen des Bombardements von Paris vernimmt man noch folgende Einzelheiten:

Am 19. Jänner, als der Professor Lebasseur seine Vorlesung in dem College de France abhielt, fiel eine Bombe auf die Treppe, die zu seinem Katheder führte. Der Professor bricht ab, und nachdem er sich vergewissert, daß die Bombensplitter niemanden verwundet, sagte er, ohne im mindesten seine Ruhe verloren zu haben, zu seinen Zuhörern: „Wenn es Ihnen nicht un bequem ist, so werde ich die Vorlesung fortsetzen.“ Am 18ten Jänner fielen mehrere Bomben auf das Ackerbau- und Handelsministerium, ohne jedoch besonderen Schaden zu thun. Die Preußen schießen auch viel nach dem Haupt-Telegraphenamts, wo sich bekanntlich die Brieftauben befinden. Besonders stark gelitten haben die Viertel Italie, Jardin des Plantes und Pantheon. Viele Häuser wurden beschädigt, und die Bewohner ziehen massenhaft fort. Auf den Orleanser Eisenbahnhof fielen auch viele Bomben. Am 17. fiel eine Bombe in die Ställe der Fiaker-Gesellschaft. Es befanden sich dort keine Pferde der Gesellschaft mehr, aber solche, welche der Stadt angehören. Acht wurden getödtet und fünf verwundet. Sehr barmherzig benahm sich eine Bombe, welche in ein Haus der Rue de Conde fiel. Sie schlug in das Dach ein und gelangte bis in den dritten Stock, wo sie am Kamin auf einem gut gepolsterten Sessel, der sich dem Bewohner des betreffenden Appartements gegenüber befand, platznahm, ohne zu zerspringen. Weiter als bis auf die Quais der Isle St. Louis waren die Bomben bis zum 20. nicht gefallen.

Ueber die Abschlagung der Angriffe Bourbaki's auf der ganzen Linie bei Belfort in den Tagen vom 14. bis 18. Jänner wird der „Schlesischen Ztg.“ vom Oberrhein, 19. Jänner geschrieben, daß die Franzosen immer neue Truppen zum Angriffe vorführten, während die deutschen Soldaten einer dem andern zuriefen: „Durch dürfen sie nicht, nicht um die Welt.“ Und sie (die Franzosen) brachen nicht durch. General v. Fransecky soll mit einem Theil seines Armee-corps am 17. d. in Epinal eingetroffen sein und Theile des Zastrow'schen Corps sollen in Autun stehen. Somit stünden deutsche Truppen im Rücken Bourbaki's und es dürfte dessen Hauptaufgabe geworden sein, sich, wenn möglich, den Rückzug zu sichern.

General v. Werder hat folgenden Armeebefehl erlassen, den die „Frankf. Presse“ mittheilt: „Das 14te Armee-corps und die um Belfort vereinigten Truppen haben durch ihre außerordentlichen Leistungen in Ertragung von Strapazen größter nur denkbarster Art, sowie durch ihre glänzende Tapferkeit dem Vaterlande einen Dienst geleistet den die Geschichte gewiß zu den denkwürdigsten Ereignissen des ruhmreichen Feldzuges zählen wird. Es ist uns gelungen, den sehr überlegenen Feind, der Belfort entsegen und in Deutschland einfallen wollte, aufzu-

halten und sodann siegreich abzuweisen. Mögen die Truppen, auf deren Leistungen die Augen Deutschlands gerichtet waren, zuvörderst in diesem Erfolg einen Lohn für ihre Mühe erblicken. Der Dank Sr. Majestät wurde mir bereits allergnädigst übermittelt. Meine aufrichtigsten Glückwünsche für diese ruhmreichen Tage vom 14.—18. Jänner füge ich hinzu. gez. v. Werder.

Zu denjenigen ehrenhaften Männern, welche Widerstand gegen den Dictator Gambetta zu erheben wagen, gehört der Abgeordnete der Haute-Loire, Guyot Monypayroux, Mitglied der Linken. Seine Absicht geht dahin, die Regierung der nationalen Vertheidigung wegen unberechtigten und sündfluthlichen Gebahrens mit den Staatsgeldern vor den obersten Gerichtshof zu ziehen. Guyot setzt sich nicht weniger als der Verurtheilung zum Tode durch die rothen Clubs aus.

Ueber die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Toul über die Mosel durch Francitieurs wird der „Allg. Ztg.“ aus Nancy, 23. Jänner, geschrieben:

Gestern Mittags traf die sehr unangenehme Nachricht hier ein, daß ein französisches Streifcorps von 400 Mann, welches wahrscheinlich zu der Besatzung der Festung Langres gehört, unsern Posten von 50 Mann, der in dem Dorf Fontenay unweit Toul die Eisenbahnbrücke über die Mosel bewacht, in der Morgendämmerung überfallen, theilweise getödtet, auseinander gesprengt und gefangen genommen habe, und dann vermittelst Beständen einen Pfeiler der Brücke in die Luft sprengte. Bevor hinreichende Truppen von Nancy aus zur Befolgung des Feindes abgesandt werden konnten, war dieser schon längst wieder verschwunden. Das ganze Dorf Fontenay ist unsererseits als warnendes Beispiel bis auf das letzte Haus niedergebrannt worden. Ungefähr 8 Tage wird es dauern, bevor die gesprengte Brücke wieder so weit hergestellt sein wird, um von Eisenbahnzügen benutzt zu werden. Der Verkehr auf der wichtigen Nancy-Pariser-Linie erleidet so lange zwar keine Unterbrechung, doch eine Verzögerung, da alle Personen und Sachen jetzt  $\frac{1}{2}$  Meile auf Landwegen gefahren werden müssen, um jenseits der Mosel wieder in einen andern Eisenbahnzug überladen zu werden, was besonders bei Lebensmitteln und Munition stets viele Schwierigkeiten macht. Von Deutschland ist jetzt auch die Metz-Thionville-Mézières-Eisenbahnlinie bis dicht vor Paris eröffnet worden.

Aus Toul, 20. Jänner wird der „Allg. Z.“ geschrieben: Es kommen aus den letzten Kämpfen vom 6. bis 12. Jänner bei Vendome und Le Mans, bei denen die Armeen des Prinzen Friedrich Karl und des Großherzogs von Mecklenburg der Chanzy'schen Armee über 22.000 unverwundete Gefangene abnahmen, freilich auch 173 todt und verwundete Officiere und 3100 todt und verwundete Soldaten verloren, jetzt wieder endlos lange Züge mit französischen Gefangenen hier durch. Auch bei Bapaume hat die Nordarmee des Generals Faubherbe in den Kämpfen vom 3. Jänner und neuerdings am 18. Jänner an 12.000 unverwundete Gefangene verloren, und da bei Veronne 3000 Gefangene gemacht wurden, so passiren allein im Monate Jänner die Paris-Nancy-Weissenburger Bahn wieder einige 40.000 französische Gefangene, ganz abgesehen von den Tausenden, die in den sehr blutigen Kämpfen der Westerschen Armee gegen Bourbaki, im Osten von Frankreich, gemacht wurden. Wir werden mit diesem neuen Nachschub jetzt schon an 450.000 französische Gefangene in Deutschland haben, und jeder Tag steigert noch deren Zahl. Die meisten Gefangenen, welche ich sah und sprach sahen verhungert und verkümmert aus, waren elend bekleidet, und zeigten nur zu sehr die Spuren der unendlichen Strapazen, die sie hatten erdulden müssen, die Leute sagten selbst: sie seien froh, daß sie in die Gefangenschaft gekommen, denn sie hätten dieses Leben zuletzt nicht mehr ertragen können. Von den Mobilgardisten werfen Hunderte jetzt schon aus freien Stücken die Gewehre weg, und ergeben sich freiwillig als Gefangene. Der Menschenverbrauch in Frankreich ist ein kolossaler, und das Land wird zuletzt ganz von Männern entvölkert, wenn das so fortgeht. Krüppel und Bettler sieht man freilich jetzt überall in desto größerer Zahl.

Bei Bordeaux finden bedeutende Truppenconcentrationen statt.

Die Reorganisation der Nordarmee wird eifrig betrieben. Gambetta ist nach Cherbourg geeilt, um das dortige Lager zu inspiciiren und die 50.000 Mann gegen Goben zu führen.

In Havre ist und war man vom Maire abwärts orleanistisch. In Toulouse herrscht die rothe Farbe. Dieselbe herrscht nur durch den Schrecken.

In Meiningen ist folgendes Telegramm des Herzogs über die Beisezung von Alençon veröffentlicht worden: „Am 13. und 14. Jänner Avantgardengefecht der 21. Division bei Ballon und Beaumont, wobei 83. Regiment feindliche Arriergarde überfallen, 1500 Gefangene gemacht und eine Menge Bagage und Lebensmittel erbeutet. Am 15. Avantgardengefecht vor Alençon. In der Nacht zum 16. Alençon durch Füsilierbataillon 94. Regiments und Cavalleriebrigade von Bredow besetzt, am 16. 22. und 17. Division in Alençon eingerückt, Feind auf der Straße nach Rennes verfolgt.“

Wie aus Weimar gemeldet wurde, ist das 94te Regiment nicht weiter auf Kennes marschirt, sondern hat die Richtung auf Rouen eingeschlagen. Hiernach scheint das gesammte Corps des Großherzogs von Mecklenburg von der zweiten Armee getrennt worden zu sein um sich mit dem 1. Armeecorps zur vollständigen Umrüstung der Normandie in Verbindung zu setzen. Das 1. Armeecorps hatte bekanntlich in der neuesten Zeit Bistritz und mehrere andere Orte besetzt.

Die Besatzung der Festung Bistritz hat in der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner einen Ausfall gemacht, der durch lebhaftes Artilleriefener unterstützt, aber vom bayerischen Observationscorps zurückgeschlagen wurde.

### Telegramme.

Berlin, 27. Jänner. (Officiell.) Versailles, 26. Jänner. Die Armee Bourbaki's zieht sich auf Besangon am linken Ufer des Doubs zurück und wird von einzelnen Corps der Südararmee verfolgt.

Der Verlust des Feindes bei seiner mißglückten Offensive gegen Verdun wird mindestens 10.000 Mann geschätzt.

Das Elend unter den zurückgebliebenen französischen Verwundeten und Kranken, welche ohne Hilfe und Pflege zurückgelassen wurden, ist überaus groß.

Die übrigen Corps der von Manteuffel commandirten Südararmee haben die rückwärtigen Verbindungen der Bourbaki'schen Armee durch Besetzung von St. Vit, Quingy und des Eisenbahnknotens von Mouchard unterbrochen. Vor Paris ist nichts Neues.

H Haag, 26. Jänner. Colonel Engelvaart wurde an Stelle des Colonel Booms, welcher aus Gesundheitsrücksichten resignirte, zum Kriegsminister ernannt.

### Verhandlung vor dem Reichsgerichte.

Wien, den 26. Jänner. Die principiell wichtige Frage, welche gesetzlichen Bestimmungen hinsicht bezüglich der Schulkostenleistung in den cisleithanischen Königreichen und Ländern und inwieweit dieselben maßgebend sein, wurde durch einen concreten Fall, der der Entscheidung des Reichsgerichtes unterbreitet wurde, angeregt und harret nun, da das Reichsgericht, darüber zu urtheilen, heute zusammentrat, seiner Lösung.

Das Reichsgericht ist zusammengesetzt, wie folgt: Präsident Baron v. Apfaltern, Referent Freiherr v. Hye, Schriftführer Dr. Kanjiani, Reichsrichter pensionirter Hofrath Kiechl, pensionirter Oberlandesgerichts-Vizepräsident Steyrer, Advocat und Bürgermeister von Brünn Dr. v. Ott, Advocat Dr. Dollenz, Handelsgerichts-Präsident Mertl, Professor Dr. Heyßler, Graf Hartig, Bürgermeister von Laibach Dr. Suppan, Hofrath Dr. Unger, Professor Dr. Habietinel.

Der concrete Fall, welcher der Entscheidung des Reichsgerichtes vorliegt, ist der, daß eine nach Wietzka in Galizien zuständige Frauensperson wegen gänzlicher Mittellosigkeit von Triest in ihre Heimat abgehoben wurde. Den Ersatz der hieraus dem Landesaussschusse von Triest erwachsenen Kosten per 2 fl. 35 fr. beehrte derselbe auf Grund des Reichsgesetzes vom 12. Mai 1868, welches an die Stelle des früher üblichen Territorialprincipes das der Zuständigkeit setzt, aus dem galizischen Landesfonds.

Der galizische Landesaussschuß erhob hingegen Einsprache auf Grund der Bestimmungen des Patentes vom 3. November 1786, welches dem Schubwesen in Galizien zu Grunde liege und das noch nicht aufgehoben sei, weshalb das betreffende Gesetz vom Mai 1868 auf Galizien nicht anwendbar sei.

Mit der Darlegung dieser divergirenden Rechtsauffassungen war ein Fall gegeben, über welchen zu entscheiden dem Reichsgerichte zusieht.

Die Verhandlung begann mit der Verlesung des ziemlich umfangreichen Referates, in welchem die betreffenden Gesetzesauffassungen und die hieraus abgeleiteten Ansprüche der Landesaussschüsse von Triest und Galizien, des ersteren auf Ersatzerleistung aus dem galizischen Landesfonds, des letzteren auf Abweisung dieses Begehrens eingehend begründet erscheinen.

Der Vertreter des klägerischen Theiles (Landesaussschuß von Triest), Hof- und Gerichtsadvocat Dr. Grund, nahm sonach das Wort, um zunächst darzutun, daß die angeführte Entscheidung eine bedeutungsvolle Wichtigkeit schon deshalb habe, weil sie die Bestimmung hat, ein Princip zur Geltung zu bringen, welches in dem vom Reichsrathe zur Regelung der Schubkostenerleistung geschaffenen Gesetze vom Mai 1868 offenbar für alle im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder maßgebend sein sollte.

Nach dem klaren Wortlaute dieses Gesetzes stehe es dem Landesaussschusse von Triest zu, den Ersatz der Kosten für die Abschickung der Katharina Sloptuczka, da dieselbe nach Galizien zuständig sei, an den Landesfond anzusprechen, da dieses Recht außer aus der allgemeinen Texturung des betreffenden Gesetzes, insbesondere aus dem Inhalte des § 2 dieses Gesetzes erhellt. Die Berufung des gegnerischen Theiles auf die Bestimmungen des Patentes von 1786 sei um so weniger zulässig, als ältere Gesetze durch denselben Gegenstand berührende neuere aufgehoben werden und es eben aus dem Gesetze vom Mai 1868 hervorgehe, daß dem Reichsrathe bei Schaffung dieses Gesetzes die Durchführung eines allge-

meinen Principes, desjenigen der Zuständigkeit vorge-schwebt habe.

Der Vertreter des Landesaussschusses von Galizien, der Reichsrathsabgeordnete Dr. Smolla, bestritt die Giltigkeit jenes Gesetzes auch für Galizien und berief sich darauf, daß auf eine Anfrage des galizischen an den böhmischen Landesaussschuß dieser erklärte, daß er seine etwaigen Ansprüche aus gedachtem Anlasse an den galizischen Landesfond auf Grund des erwähnten Gesetzes insoweit nicht geltend machen werde, bis darüber klarere Bestimmungen erfolgt sein würden.

Daß insbesondere das Maigesetz auf das galizische Schubwesen keine Anwendung zu finden habe, gehe schon daraus hervor, daß es keine Bestimmungen enthalte, woraus hervorgehe, daß es für Galizien auf unüberwindliche Hindernisse stoßen.

Dr. Grund replicirte, daß bezüglich des Ersatzes an den Landesfond der § 3 des betreffenden Gesetzes es dem jeweiligen Lande anheimstelle, im Wege der Landesgesetzgebung sich an die Gemeinden zu halten.

Nachdem in noch weiteren Erörterungen beide Rechtsanwälte ihren jeweiligen Standpunkt zu wahren gesucht, erklärt der Präsident, daß die Entscheidung des Reichsgerichtes am Samstag (28. d.) um 1 Uhr Mittags wird publicirt werden.

### Tagesneuigkeiten.

(Der heurige Winter.) Aus Böhmen, Mähren und Schlesien werden neuerlich große Schneefälle gemeldet. Aber am ärgsten hauste in den letzten Tagen Gott Neveus in Tirol und Bozarlberg. Am Brenner traten wiederholt Verkehrsstörungen ein. Am Arlberge gelang es Menschenträften mit großer Anstrengung, den „Eilwagen“ sehr langsam hinüber zu bringen, während die Straße durch die Finsterniß wegen Schneeverwehungen und Lawinen ganz gesperrt war. Auf der berühmten Malserheide liegt der Schnee so hoch, daß er Alles nivellirt hat und über denselben hin ebener Weg ist. Oberhalb Kortsch war durch 9 Fuß hohe Verwehungen die Straße einen Tag gänzlich gesperrt. Aus dem Pustertthale wird über großen Schneefall und Lawinen zwischen Innichen und Au berichtet; insbesondere ist aber die Straße nach Ampezzo durch immense Lawinenstürze am Dürrensee, bei Ospitale und in großer Ausdehnung am südlichen Abhange ganz verschüttet und unpracticabel geworden.

(Rettung.) Ein Böhmischer Comitatsbeamter rettete am 18. d. im Apater Walde eine Frau, die von einem Wolf verfolgt wurde und bereits verzweifelt dem schrecklichen Augenblicke entgegen sah, wo sie von der blutgierigen Bestie erreicht und zerfleischt werden würde. In diesem Momente kam der im Walde jagende Beamte hinzu und mit einem wohlgezielten Schusse streckte er den Wolf nieder. Die dem Tode nahe Frau fand Worte, um ihren Dank auszudrücken.

(Das Hochwasser) hat, wie aus Temesvar gemeldet wird, nunmehr auch in die Festung Eingang gefunden und die Keller überflutet. In den Vorstädten war fortwährendes Steigen der Wasser, der Stadtpark war vollständig ungangbar geworden.

(Erdabsturz.) Am 23. d. fand auf der croatischen Bahnstrecke oberhalb Pichienwald eine nicht unbedeutende Erdabsturzung statt, wodurch der von Agram abgegangene Personenzug eine bedeutende Verspätung erlitt. Zum Glück ergab sich beim Zuge nicht der geringste Unfall.

(Die bisherige Selbständigkeit des Postwesens) im Königreich Polen ist durch Uka des Kaisers von Rußland aufgehoben worden. Derselbe ordnet die Errichtung von vier Oberpostämtern an und stellt diese unter die Verwaltung des Postdepartements in Petersburg. Die neue Postorganisation ist bereits mit dem griechischen Neujahr ins Leben getreten.

### Locales.

#### Auszug

aus dem Protokolle über die ordentliche Sitzung des k. k. Landeschulrathes für Krain in Laibach am 12. Jänner 1871 unter dem Vorsitze des k. k. Landespräsidenten Sigmond Conrad Freiherrn von Cybessfeld in Anwesenheit von 9 Mitgliedern.

Nach Eröffnung der Sitzung läßt der Vorsitzende durch den Schriftführer die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke an der Hand des Geschäftsprotokolls vortragen, und wird hierauf mit der Verlesung der vom Herrn Minister für Cultus und Unterricht pro 1871 bewilligten 24 halben Staatsstipendien für Lehramtsandidaten vorgegangen.

In Bezug auf den Ministerialerlaß vom 22. December 1870, Z. 10.447, womit die Verordnungen vom 12ten Juli 1869, Z. 6299, und 15. November 1869, Z. 10.864, betreffend die Bildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen, und die Prüfungen der Lehrer an Volks- und Bürgerschulen auf das Herzogthum Krain ausgedehnt werden, wird beschlossen: 1. Hievon den gesammten Volksschullehrerstand im Wege der k. k. Bezirksschulräthe und die Direction der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Kenntniß zu setzen; 2. behufs der Vorberatung für den Vorschlag der Mitglieder und den Director der Prüfungscommission in Laibach ein Comité niederzusetzen, in welches Comité unter Einem die

Herren Domprobst Dr. Pogacar, Landeschulinspector Dr. Jarz, Domherr Cavaschnigg und Lehrer Propertius gewählt werden, und 3. im Gegenstande der Errichtung einer Lehrerinnenbildungsanstalt in Laibach vorerst noch sämtliche Bezirkschulräthe unter Bestimmung einer kurzen Frist zur Erstattung der diesfälligen Berichte zu vernehmen.

Ueber den Bericht des k. k. Bezirksschulrathes der Stadt Laibach, betreffend den Religionsunterricht an der Wiederholungsschule zu St. Jakob wird beschlossen, das fürstbischöfliche Ordinariat um die Verfügung zu ersuchen, daß der so wichtige und gesetzlich zu den Gegenständen des sonntäglichen Wiederholungsunterrichtes zählende Religionsunterricht an beiden städtischen Schulen erteilt werde.

Aus Anlaß des Ansehens eines Bezirksschulrathes um Befreiung wegen Abhaltung des Wiederholungsunterrichtes wird beschlossen, alle k. k. Bezirksschulräthe aufmerksam zu machen, daß die Wiederholungsschulen nach den bestehenden Vorschriften weiter zu führen sind.

Der Berufung einer Gutsinhabung gegen ein Erkenntniß erster Instanz, womit dieselbe zur Zahlung der Patronatssteuer für die betreffenden Schulbedürfnisse verurtheilt wurde, wird keine Folge zu geben beschlossen.

Ueber den Recurs einer Gemeinde gegen bezirkshauptmannschaftliche Zahlungsaufträge, betreffend die Reisekosten des provisorischen Bezirksschulinspectors, dann der Commissionskosten aus Anlaß der Concurrenzverhandlung zur Regelung der Lehrerdotation, wird der Antrag, den Recurs in erster Beziehung abzuweisen, in letzterer Beziehung aber unter grundsätzlicher Bestätigung der Zahlungsverpflichtung dem Bezirksschulrath die Nichtigstellung der Repartition aufzutragen, einstimmig angenommen.

Die Anfrage eines k. k. Bezirkshauptmannes, betreffend die Constituirung der Ortschulräthe, wird mit Hinweisung auf die Bestimmungen der Landeschulrathsverordnung vom 15. December 1870 und des Schulaufsichtsgesetzes dahin erledigt, daß allfällige begründete Zweifel darüber zunächst im Bezirksschulrath auszutragen sind.

Ferner wird einstimmig beschlossen, einem Gymnasial-Professor die dritte Quinquennalzulage flüssig zu machen, dann über den Besetzungsvorschlag für die am Obergymnasium in Laibach neu systemisirte Lehrstelle für die mathematisch-naturhistorische Fachgruppe extra statum Beschluß gefaßt.

Den Schulgemeinden Kraxen, Salilog und Trata werden die bisherigen Normalfondbeiträge für Lehrerdotationen für zwei, rückichtlich drei Jahre weiter belassen, dann mehreren Lehrern Geldaushilfen bewilligt.

Ueber Ansuchen der Direction des k. k. Oberrealgymnasiums in Rudolfswerth wird die Anschaffung von Tischen für den Zeichnungsunterricht bewilligt, in Betreff der Acquirirung von einigen noch erforderlichen Localitäten für das dortige Gymnasium aber die Einleitung von Vorarbeiten angeordnet.

Nachdem noch die bestrittene Vorlage des Gesuches der Direction der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Laibach um Creirung einer Schulbienerstelle an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht einhellig beschlossen wird, wird die Sitzung geschlossen.

(Ernennung.) Das Oberlandesgerichtspräsidium in Graz hat dem Auscultanten Johann Bencaz in Laibach ein systemisirtes Adjutum mit 315 fl. verliehen.

(Cadettenprüfungen.) Am 3. April d. J. und den darauf folgenden Tagen werden in Graz die Cadettenprüfungen für die k. k. Landwehr vorgenommen werden. Jedem gebildeten und bezüglich seines Vorlebens tadellosen Landwehrmann ist gestattet, sich um Zulassung zur Cadettenprüfung zu bewerben. Der Landwehr nicht angehörige Personen von guter Erziehung und Bildung können ebenfalls die Cadettenprüfung ablegen, wenn sie die für den freiwilligen Eintritt in die Landwehr festgesetzten Bedingungen erfüllen. Gesuche sind längstens bis 10. März beim k. k. Landwehr-Commando zu Graz einzubringen.

(GehaltsEinstellung.) Der Oberlandesgerichtspräsident hat die Gehaltseinstellung des schon seit längerer Zeit ungerechtfertigterweise vom Amte abwesenden disponiblen Bezirksgerichtskanzlisten Josef Fabian in Kronau mit Ende Jänner 1871 verfügt.

(Für die Stelle des Strafanwaltes in Graz) wird von der k. k. Oberstaatsanwaltschaft der Concurs ausgeschrieben. Gehalt 600 fl. Termin bis 10. Februar.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte Laibach.) Am 1. Februar. Franz Mah-touc und Ignaz Bertacnik: Diebstahl. — Am 3. Februar. Paul Bernik: öffentliche Gewaltthätigkeit; Johann Zaverl: Diebstahl; Franz Zupan: schwere körperliche Beschädigung; Urban Markun und zwei Genossen: Diebstahl.

### Correspondenz.

× Aus Oberkrain, 29. Jänner. Schon kosteten wir, des Winters Qual habe ihr Ende erreicht, der Schnee war bis auf zwei Schuh herabgeschmolzen, an den sonnseits gelegenen Bergen war der Schnee schon ganz verschwunden, die Straßen überall breit ausgefahren, der Verkehr vollkommen hergestellt, die Bahnzüge verkehrten regelmäßig, — da trat auf einmal wieder ein heftiger Schneefall ein, es schneite zwei Tage, und diese zweite Schneelast übertrifft die erste noch an Höhe, so daß, wenn auch das eingetretene Thauwetter andauert, wir doch zu Ostern noch kaum des Schnees ganz ledig sein werden. Die Verbindungswege sind zwar nicht unfahrbar, da sie entgegen ausgefahren und ausgegletten wurden, weil kein Feiertag inzwischen lag, aber

doch gibt es der Unannehmlichkeiten viele, die durch diesen Schneefall verursacht werden. Da sehr starker Südwind herrscht, so hat der Schnee an den abschüssigen Stellen keinen Halt und gehen viele Lawinen nieder, die theils in den Forsten großen Schaden anrichten theils die Zugänge zu den Seitenthälern versperrern, aber auch den Menschen sind sie gefährlich. So ging vor einigen Tagen am Eingange in das Dragatthal hinter der Ruine Stein eine große Lawine nieder, die einen Landmann, der eben mit seinem Gefährte aus Holz fuhr verschüttete, zum Glück konnte er, da gleich Leute bei der Hand waren, sammt den Zugochsen ausgehauft werden. Eine weitere Unannehmlichkeit ist der durch den Schneefall verhinderte regelmäßige Verkehr der Bahnzüge und mithin das unordentliche Eintreffen der Posten. Weil wir gerade von der Bahn reden, so müssen wir hier noch einer anderweitigen Unzukömmlichkeit erwähnen, die schon so manchen hier hart traf und Grund zu klagen gab. Es ist dies nämlich das Divergiren der Pfarren. Wenn es früher schon der Fall war, daß die Uhren zweier Nachbarn oft um mehr als eine halbe Stunde divergiren, so hatte dies uns weniger unangenehm betroffen, wohl aber wäre es jetzt sehr zu wünschen, daß alle Uhren möglichst genau mit der Bahnuhr übereinstimmen möchten, da, wie wir selbst Zeuge waren, schon Mancher ob dieser Ursache die Bahnzüge veräuerte. Es wäre daher dringend notwendig, daß diesem Uebelstande abgeholfen würde, umsomehr, als von Seite der Bahngesellschaft alles aufgeboten wird, um den Verkehr zu erleichtern, was namentlich durch die seit 25. d. M. eingeführten Martzüge von Radmannsdorf-Lees nach Laibach gesehen ist, welche Züge, wenn sie auch zu Anfang ob der für jeden Verkehr ungünstigen Winterzeit sich nicht so bewähren sollten als man glaubte, in der schönen Jahreszeit gewiß recht stark benützt werden dürfen, und hat sich daher die k. k. Handels- und Gewerbekammer über deren Vorschlag diese Züge eingeführt wurden, den Dank aller Obertrainer erworben.

Daß aber der Personen- und Frachtenverkehr trotz der unglünstigen Witterung ein großer ist, dafür sprechen folgende Zahlen: Vom Eröffnungstage (14. December 1870) bis zum 1. Jänner 1871 sind nur bei der Station Radmannsdorf-Lees 285 Personenarten ausgegeben worden. Aufgenommen wurden ferner 2133 Zollpfund Gepäck und 7600 Zollcentner Frachtgut, während 10.000 Zollcentner Frachtgut abgegeben wurden. Zahlen, die beweisen, daß trotz des strengen Winters der Frachtenverkehr und die Personenfrequenz eine rege war.

Aber auch dem Prinzen Carneval unsere Huldigung darzubringen, hindert uns Obertrainer der strenge Winter nicht. So wurde am 17. d. M. in Laib ein Tanzfränzchen abgehalten, welches sehr besucht war, und heute findet in Radmannsdorf ein Ball statt, welcher, wenn die Anzeichen nicht trügen, recht animirt zu werden verspricht, und zu welchem Freunde und Freundinnen des Carnevals auch aus den benachbarten Orten zu erscheinen versprochen haben. Auch wollte man am Belleser See eine Unterhaltung en costume arrangiren, allein der See hatte es vorgezogen, heuer seine Eisdecke früher abzulegen als sonst, und somit unterbleibt dieses schöne Fest, zu welchem gewiß auch Freunde des Eisportes aus Laibach erschienen wären, da ja eine Reise nach Belles mittelst Bahn nun auch im Winter ihr Angenehmes bieten würde.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Berlin, 29. Jänner. Favre unterzeichnete am 28. Jänner die Capitulation sämtlicher Pariser Forts. Dreiwöchentlicher Waffenstillstand. Die Armee bleibt kriegsgefangen in der Stadt.

Berlin, 29. Jänner. Paris bleibt eruiert, darf sich versorgen, wenn die Waffen ausgeliefert sind. Linien und Mobilien werden kriegsgefangen in Paris internirt. Die Garde nationale Sedentaire übernimmt die

Aufrechthaltung der Ordnung. Die deutschen Truppen besetzen alle Forts. Die Constituante wird nach Bordeaux binnen 14 Tagen einberufen.

Die Armeen im freien Felde erhalten die respectiven Landesstrecken besetzt, mit Neutralitätszonen zwischen sich. Paris zahlt 200 Millionen Contribution.

Bordeaux, 29. Jänner. General Clinchant wurde zum Obercommandanten der ersten Armee ernannt an Stelle des verunglückten Bourbaki.

Bordeaux, 29. Jänner. Die Regierung theilte den Präfecten und Generalen eine Depesche Favres aus Versailles über Waffenstillstandsabschluß und die Aufforderung mit, die Wahlen für die auf den 15. Februar einzuberufende Assemblée am 8. Februar vorzunehmen.

Die Nachricht wurde in Bordeaux ungünstig aufgenommen.

Brüssel, 29. Jänner. Es circulirt das Gerücht, daß Gambetta demissionirte.

Wien, 28. Jänner. Aus Berlin und München wird der „Presse“ gemeldet, daß Paris bereits capitulirt habe. Es handle sich nur noch um die Modalitäten der Besetzung von Paris, weil man weitere Aufstände befürchtet.

Das Bombardement wurde unterbrochen. Aus Versailles wird berichtet, daß zugleich mit der Capitulation Friedenspräliminarien zu Stande kommen.

Wien, 28. Jänner. Das Reichsgericht erkannte die Beschwerde Wiesenthalers nicht für berechtigt, weil nach dem Berichte des Marburger Stadtrathes der Verein seine statutenmäßige Wirksamkeit überschritten habe. Dies genügt nach dem Vereinsgesetz zur Rechtfertigung der Auflösung des Vereins. Zu weiteren Erklärungen hält sich das Reichsgericht nicht für competent.

Bordeaux, 28. Jänner. Die Regierung läßt veröffentlichen, daß ihr von Verhandlungen zwischen Versailles und Paris nichts bekannt sei.

Die Ballonnachrichten aus Paris reichen bis zum 23. Jänner, Abends. Die Regierung beschloß an diesem Tage die Trennung des Obercommando's von der Regierungspräsidenschaft. Vinoy wurde Obercommandant der Pariser Armee, Trochu bleibt Regierungspräsident.

Ein Placat des Generals Thomas vom 22. Jänner Mittags sagt: Eine Anzahl von Aufrührern drang Nachts in das Gefängniß von Mazas ein, befreite mehrere Gefangene, darunter Florens. Dieselben versuchten auf der Mairie des 20. Arrondissements den Aufstand zu installieren. Die Proclamation appellirt an den Patriotismus der Nationalgarde.

Nachmittags erschienen 180 Nationalgarden vor dem Stadthause und feuerten etwa hundert Schüsse ab; die Mobilgarden erwiderten das Feuer aus den Fenstern und Thüren des Stadthauses.

Der Kampf dauerte 20 Minuten. Die republikanische Garde, die inzwischen eingeschritten, stellte die Ordnung wieder her. Die Insurgenten hatten 5 Tode und 18 Vermundete; 40 wurden gefangen.

Die Proclamation der Regierung verspricht, Angesichts des abscheulichen Verbrechens in ihrer Pflicht nicht zu wanken. Regierungsdecrete heben die Clubs bis nach dem Ende der Belagerung auf.

Ein Tagesbefehl des Generals Vinoy appellirt an die Unterstützung aller Bürger, der Armee und Nationalgarde. Alle Journale verurtheilen den Aufstandsversuch.

London, 28. Jänner. Eine Depesche der „Times“ aus Versailles meldet, daß ein Waffenstillstand für das gesammte Frankreich abgeschlossen sei.

Constantinopel, 28. Jänner. Der preussische Botschafter verlangt die Bestrafung des Journals „Re-

vant-Times“ wegen maßloser Angriffe gegen den König von Preußen und dessen Armee.

Rom, 27. Jänner. Die „Liberte“ veröffentlicht einen Aufruf des Pater Hyacinth an die katholischen Bischöfe. Pater Hyacinth sagt darin: Es gab zwei Absolutismen, welche auf der Kirche und der Welt lasteten: das napoleonische Kaiserreich und die weltliche Herrschaft des Papstes, die nunmehr vergangen sind. Er zählt weiter die Künste der Kämpen der Unfehlbarkeit auf und weist nach, daß die Hauptfrage in Frankreich die religiöse Frage sei. Hyacinth beschwört die Bischöfe, das Schisma, welches sie spaltet, aufhören zu machen, er gibt die letzte Enchelica und den Syllabus nicht zu, indem er die Bibel als den Führer des Volkes bezeichnet; er tabelt den Mißbrauch der hierarchischen Gewalt, will die Aufhebung des Celibats der Priester und schließt, indem er sagt, er wolle bei dem katholischen Glauben verbleiben.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 28. Jänner. 5perc. Metalliques 59.15. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 59.15. — 5perc. National-Anlehen 68.30 — 1860er Staats-Anlehen 97.10. — Bankactien 724 — Credit-Actien 256.50. — London 124 25. — Silber 122. — R. f. Münz-Ducaten 5.86. — Napoleond'or 9.96 1/2.

Das am 10. Jänner von New-York abgegangene Hamburger Postdampfschiff „Cimbria“, Capitän Haack, ist am 23. d. wohlbehalten in Cuxhaven angekommen.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 28. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 5 Wagen mit Getreide. 4 Wagen mit Heu (65 Ztr) und Stroh (13 Ztr.). 22 Wagen und 3 Schiffe mit Holz (15 Klafter). Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Lists various goods like Butter, Milk, and Meat with their respective prices.

Lottoziehung vom 28. Jänner.

Wien: 19 88 25 26 32. Graz: 80 7 56 9 67.

Theater.

Heute: Der Pfarrer von Kirchfeld. Volkstück mit Gesang 4 Acten.

Correspondenz der Redaktion.

S. in Wien: Bedauern, Ihre gefälliges Anerbieten nicht annehmen zu können, da wir diesfalls bereits versorgt sind.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 10 columns: Day, Time, Barometer, Wind, etc. Shows weather observations for January 28th and 29th.

Börsenbericht. Wien, 27. Jänner.

Large financial table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Actien von Bankinstituten, C. Andere öffentliche Anlehen, D. Actien von Transportunternehmungen, E. Prioritätsobligationen, F. Pfandbriefe, G. Wechsel, H. Privatlose, I. Wechsel, J. Course der Geldsorten.